

Zeitschriften-Spiegel

Neues Selbstbewußtsein der Indianer

Das *New York Times Magazine*, 8. 3. 1970, bringt anlässlich der Inbesitznahme der unbewohnten Insel Alcatraz in der Bucht von San Francisco durch Indianer einen authentischen Bericht eines Sioux-Indianers über die Leidensgeschichte seines Volkes. Auf Alcatraz wollten die Indianer in eigener Regie (bisher haben immer nur Weiße über sie nachgedacht) ein kulturelles Zentrum aufbauen, in dem indianische Kultur, Wissenschaft und Politik erforscht und wiederbelebt werden sollten. Eine neue Intelligenz- und Führungsschicht will das indianische Selbstbewußtsein wieder erwecken, den Stolz, ein Indianer zu sein und sich nicht in eine fremde Kultur einzupassen, da die eigene viel wertvoller und zukunftsreicher sei, und sie will nicht zuletzt für bessere Lebensbedingungen kämpfen. Es gibt in den USA heute fast eine Million Indianer, die in Reservaten oder städtischen Slums, als quasi-souveräne Nationen kraft Vertrags, zumeist dahinvegetieren.

Vine Deloria jun. erzählt wie sein Volk sich nach anfänglichem Hunger und totaler Verelendung zu bloßer Armut heraufgearbeitet hat, im 2. Weltkrieg jedoch viel Land und Unterstützung verlor. Deshalb verließen viele Indianer die Reservate und suchten Arbeit in Rüstungsfabriken oder wurden in die Armee eingezogen (da hatten sie mehr Angst vor der völlig fremden Umgebung als vor dem Tod). Die Veteranen verbesserten nach ihrer Rück-

kehr das politische und wirtschaftliche Leben ihrer Gemeinschaft, weil sie nun gesehen hatten, daß man auch anders leben kann. Das Los der Indianer änderte sich allmählich sehr zu ihren Gunsten, einige durften zum ersten Mal reguläre Schulen außerhalb ihrer Gemeinschaft besuchen. Es bildete sich danach eine neue selbstbewußte Elite, die in ihrer Organisation, dem Nationalen Kongreß amerikanischer Indianer, Vorschläge und Lösungen erarbeitete, um sich aus der Vormundschaft der Weißen zu befreien. Sie scheiterte jedoch zunächst am Widerstand der eigenen Stammesgenossen und wurde von den Weißen wieder aus ihren Stellungen gedrängt. So wandte sie sich der örtlichen Ebene zu und gründete hier starke Interessenvertretungen. Daneben hatten sich traditionalistische Gruppen gebildet, die für eine Wiederbelebung alten indianischen Kulturgutes eintraten (offene Ratsversammlungen statt gewählter Vertreter, indianisches Recht, Philosophie usw.) Man diskutiert, ob man den Begriff „*tribe*“ als traditionell organisierten Verband mit Häuptlingen und Medizinmännern interpretieren soll, oder als eine moderne Körperschaft, die sich auf den Kompromiß mit der weißen Kultur einläßt. Private, kirchliche und staatliche Hilfsorganisationen haben dafür jedoch wenig Verständnis, sie wollen schnell Erfolge sehen und beeinflussen sogar „gekaufte“ Indianer in ihrem Sinne). Inzwischen studieren schon 50 Indianer Rechtswissenschaft, um ihre Interessen selbst wahrnehmen zu können. Auf der Insel Alcatraz wollen sie der nichtindianischen Bevölkerung beweisen, daß sie allem äußeren Druck zum Trotz eine lebensfähige Gemeinschaft erhalten haben, die neue Antworten auf moderne soziale Probleme finden wird. „Vielen Indianern

scheint es heute, daß es auf diesem Kontinent viel besser war, als wir ihn noch beherrschten."

Die Zeitschrift der linksstehenden Demokraten, *The Progressive*, 1970/2, befaßt sich ebenfalls mit diesem Thema. Unter der Überschrift „Die wirkliche amerikanische Revolution“ untersucht *William Brandon* die Indianer. Nicht die rothäutige Studentin in Berkeley, die Mitglied der „Befreiungsfront der Dritten Welt“ ist, sei revolutionär, sondern vielmehr ihre Väter und deren Gemeinschaftssinn, der Privateigentum an Boden oder an anderen Gütern nicht kennt und deshalb der weißen Akkulturation mit dem Recht auf Privateigentum bisher erfolgreich widerstanden hat. Die indianische Gemeinschaft sucht zwischenmenschliche Harmonie und nicht Wettbewerb oder das Streben nach persönlichem Besitz. Sie ist eine wirklich klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung und Tyrannei, *Marx*, *Rousseau* und die Hippies in aller Welt berufen sich auf sie. Ihre Ideen sind eine dauernde Herausforderung und damit eine wichtige Bereicherung unserer Gesellschaft. Wir müssen, folgert Brandon, deshalb eine bessere Kommunikation mit dieser so fremden Welt suchen, die ihre Ideologie nicht öffentlich als Heilslehre predigt, sich aber auch nicht dem Dialog verschließt. Und wir müssen vor allem dafür sorgen, daß ihre zum Leben notwendigen natürlichen Ressourcen (besonders Land- und Wasserrechte) nicht weiter beschnitten werden, daß sie ihre Schulen selbst führen können und die Kontrolle über öffentliche und Stammesfonds erhalten.

Abwanderung von Fachkräften

Die wichtigste amerikanische außenpolitische Zeitschrift *Foreign Affairs*, 1970/1, analysiert das Schlagwort „*brain drain*“ auf seine tatsächliche Bedeutung hin. Der Arbeitskräftemarkt habe sich nach dem 2. Weltkrieg sehr erweitert, die internationale Kommunikation sei intensiviert und die Reisekosten gesenkt worden. So ist die Auswanderung hochspezialisierter Fachkräfte aus weniger entwickelten in einige führende Industrieländer begünstigt worden, aber es sind auch alte Industrienationen wie England, Norwegen und die Schweiz davon betroffen, wobei in England die Zahl der Auswanderer nach USA beinahe wieder ausgeglichen wird durch die Zahl der in England ausgebildeten Einwanderer aus ehemaligen Kolonien. Die USA haben in den ausgehenden sechziger Jahren durch eine Liberalisierung der Einwanderungsgesetze eine Verdoppelung ausländischer Spezialisten erreicht. Doch liegt das Problem nicht eigentlich in der Quantität, sondern vielmehr in der Abwanderung einer kleinen Elite außergewöhnlich schöpferischer Talente, die überall rar

sind. Viele Entwicklungsländer leiden gegenwärtig an einem absoluten Mangel an Fachkräften auf jedem Sektor, aber ebenso an einem übersättigten Stellenmarkt, der ein arbeitsloses „akademisches Proletariat“ nicht ungerne ins Ausland abwandern sieht (ausgenommen die Türkei und Persien, die durchaus freie Stellen besitzen, aber auf dem Land, wo niemand arbeiten will).

Die Regierungen der Länder, die hochqualifizierte Arbeitskräfte anziehen, sind nicht bereit, finanzielle Entschädigungen an die Verlustländer zu zahlen (vgl. auch die Haltung der Bundesregierung gegenüber der DDR, B. S.). Ein UNO-Report und einige US-Senatoren empfehlen nicht eine Symptombekämpfung (Einschränkung der Freizügigkeit), sondern eine Beseitigung der Ursachen: Verbesserung der Beratung ausländischer Studenten, Hilfe bei der Zurückgewinnung der Examinierten, finanzielle und technische Hilfe für Entwicklungsländer beim Aufbau attraktiver Institute und Forschungsmöglichkeiten im eigenen Land, da nicht nur niedrige Löhne für das Desinteresse der Fachleute an der Arbeit im eigenen Land schuld sind, sondern eher schlechte Arbeitsbedingungen in jeder Hinsicht.

Hinweise

Der Weltforum Verlag München (*Afrika Forum*, *Europa Forum*) gibt seit Januar 1970 eine vierteljährliche Zeitschrift heraus, *Asienforum*, die „berichtet über aktuelle Vorgänge in Asien und versucht, Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung über den engen Kreis der Regionalspezialisten hinaus bekannt zu machen. Die Beiträge erscheinen in deutscher und englischer Sprache und wenden sich an ein Publikum, dem bewußt ist, daß Europa und Asien zunehmend mehr aufeinander bezogen sind.“ *Asienforum* ist gegliedert in die Abteilungen: Berichte, Analysen, Meinungen und Selbstdarstellungen sowie Buchbesprechungen. Die erste Nummer berichtet über Japan nach Vietnam, Indonesien im Umbruch, Konsolidierung der Macht in Südkorea, die Spaltung der indischen Kongreßpartei und über Singapur. Analysiert werden der 4. indische Fünfjahresplan, Gandhi und Indien heute, innerkommunistische Parteipolitik in China, Faktoren der Unstabilität in Malaysia und — das ist besonders interessant und dringend notwendig — eine Untersuchung der Asien-Berichterstattung deutscher Tageszeitungen. Japan stellt sich in Auszügen aus japanischen Zeitschriften selbst dar. Diese neue Zeitschrift füllt eine empfindliche Lücke in der deutschen, zumeist auslandsblinden Publizistik.

Die Blätter für deutsche und internationale Politik, 1970/3, untersuchen die portugiesische Kolonialpolitik in Guinea-Bissau und An-

gola und klagten die NATO an, den portugiesischen Kolonialkrieg zu unterstützen.

Die Wiener Zeitschrift der SPÖ, *Die Zukunft*, 1970, 5/6, berichtet über ein Symposium des Ostinstituts der Universität Amsterdam zum Thema „Arbeiter-Selbstverwaltung in Jugoslawien“. Während „Vertreter des Ostblocks und der Dritten Welt abwesend waren, interessierten sich westeuropäische, amerikanische und israelische Professoren mit Blick auf die eigene Mitbestimmungsdiskussion für das zwanzigjährige jugoslawische Modell, konnten sich aber über den Begriff der „direkten Demokratie“, der eben noch immer auf dem Papier steht, nicht einigen. Als Grund für die weitgehend autoritären Strukturen im Rahmen der Arbeiter-Selbstverwaltung nannten die Jugoslawen die relative Rückständigkeit ihres Landes.

Peter Christian Ludz schreibt in der *Osteuropäischen Rundschau*, 1970/3, über die Rezeption der Kybernetik in Osteuropa und kommt zu dem Schluß, daß die stark geförderte Anwendung dieser Wissenschaft einerseits den gesellschaftlichen Zwang zur Modernisierung zeige, andererseits aber auch begonnen habe, den dialektischen und historischen Materialismus zu verändern.

Hartmut Soell kritisiert in der *Politischen Vierteljahresschrift*, 1969/4, die wachsende

Macht der Parlamentsfraktion der SPD gegenüber der Partei und ihren Vorstand. Der „Hauptgesichtspunkt parlamentarischen Vorgehens — nämlich Problemlösungen allein unter der Perspektive des aktuell Durchsetzbaren zu finden — auf die Partei übertragen zu wollen, bedeutet nicht nur eine Verengung der innerparteilichen Diskussion, sondern eine Verminderung des Problembewußtseins, damit die Auszehrung des Reformwillens überhaupt.“ Diese Entwicklung führe zur Lähmung der innerparteilichen Demokratie. Die Ergebnisse der Meinungsforschung werden leicht überschätzt, denn Meinungen können sehr wohl verändert werden, wenn es ein ausgebautes und dann nach draußen wirkendes Kommunikationssystem gibt.

Reinhard Hoffmann beschäftigt sich in der *Kritischen Justiz*, 1970/1, mit Menschenwürde und Arbeitswelt: „Angesichts der befestigten Realität der Herrschaft des Privateigentums an Produktionsmitteln kann die Verwirklichung des kritischen Humanismus nur ein tiefgehender gesellschaftlicher Umwandlungskampf vom Range eines Verfassungskampfes sein, in dem die soziale Auseinandersetzung um einzelne Verfassungspositionen, um deren Auslegung und Anwendung praktisch wie theoretisch zugleich um den politischen Gesamtzustand der Gesellschaft geführt wird.“

Barbara Skriver